

### **3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt D 3**

#### **3.1.1 Thema**

Prävention und Intervention. Der Wandel von Staatlichkeit am Beispiel internationaler Sicherheitspolitik

#### **3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung**

Politikwissenschaft (Internationale Bez./Friedens- und Konfliktforschung)

#### **3.1.3 Leiter**

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter *Senghaas*  
geb. 27. August 1940  
Institut für Interkulturelle und  
Internationale Studien  
Universität Bremen  
Linzer Str. 4  
28359 Bremen  
Tel.: 0421 218 22 81  
e-mail: tmenge@uni-bremen.de

Dr. Ulrich *Schneckener*  
geb. 13. Januar 1968  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Ludwigkirchplatz 3-4  
10 719 Berlin  
Tel.: 030 88 007 277  
e-mail: ulrich.schneckener@swp-berlin.org

Dieter Senghaas ist unbefristet eingestellt. Ulrich Schneckener besitzt einen Drei-Jahres-Vertrag mit Option auf unbefristete Festanstellung bei der SWP.

#### **3.1.4 (entfällt)**

#### **3.1.5 Erklärung**

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

#### **3.1.6 Beantragte Förderung des Teilprojektes (Ergänzungsausstattung)**

Haushaltsjahr	Personalkosten	Sächliche Verwaltungsausgaben	Investitionen	Gesamt
2003	92,4	10,3	•	102,7
2004	92,4	9,8	•	102,2
2005	92,4	9,3	•	101,7
2006	92,4	9,3	•	101,7
<b>Summe 2003-2006</b>	<b>369,6</b>	<b>38,7</b>	<b>•</b>	<b>408,3</b>

(Beträge in Tausend €)

### 3.2 Zusammenfassung

Das Teilprojekt untersucht den Wandel von Staatlichkeit am Beispiel der Sicherheitspolitik. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung internationaler Präventions- und Interventionsbemühungen. Diese können als Ausdruck für die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts verstärkt stattfindende Verlagerung von Sicherheitspolitik von der einzelstaatlichen auf die internationale Ebene betrachtet werden (Internationalisierung), weisen aber auch Merkmale von Privatisierung auf, da zunehmend nicht-staatliche Akteure an solchen Maßnahmen beteiligt sind und insofern bestimmte Aufgaben aus nationalen Ministerien ausgelagert werden. Präventions- und Interventionspolitiken haben in den 1990er Jahren an Bedeutung gewonnen, um innerstaatliche Konflikte oder gar den Staatszerfall zu verhindern, Gewalteskalationen zu beenden oder deren Wiederausbruch vorzubeugen. Könnte dies zu einem Wandel von Staatlichkeit in der Ressourcendimension führen?

Die Analyse ist auf drei Themenkomplexe gerichtet: Die *erste Phase* gilt der Genese dieser Politiken im Kontext internationaler Organisationen (UN, OSZE, EU, NATO) und von nicht-staatlichen Akteuren (z.B. Hilfsorganisationen, NGOs). Behandelt wird der Ausbau solcher Politiken als Beispiel für *Internationalisierung* und *Privatisierung* von Sicherheit und die Entwicklung von *Security Governance*: Aufgaben der Konfliktvermeidung, der Friedenssicherung und der Friedenserhaltung, samt der dazu notwendigen Instrumente und Ressourcen, werden an internationale Organisationen und teilweise auch an private Akteure delegiert.

In der *zweiten Phase* geht es um die Analyse der Rückwirkung dieser Verlagerung auf die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitiken der westlichen Staaten, die sich an solchen Präventions- und Interventionsmaßnahmen aktiv beteiligen (Teilnehmer), dabei ihre nationalen Politiken zunehmend internationalen Vorgaben, Standards und Normen anpassen und zugleich zunehmend mit nicht-staatlichen Akteuren kooperieren müssen.

In der *dritten Phase* wird die Wirkung dieser Politiken auf jene Staaten bzw. Krisenregionen (Adressaten) behandelt, in die intergouvernementale und private Akteure mit Präventions- oder Interventionsmaßnahmen eingreifen. Zumeist geht es dabei um den Erhalt, die Transformation oder den Wiederaufbau staatlicher Strukturen vor Ort mithilfe externer Akteure (z.B. Kosovo, Ost-Timor, Bosnien, Mazedonien, Afghanistan).

Erste Phase (2003-2006)	Zweite Phase (2007-2010)	Dritte Phase (2011-2014)
Genese und Struktur internationaler Präventions- und Interventionspolitiken	Auswirkungen auf nationale Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitiken, Ländervergleich	Auswirkungen auf Konflikt- und Krisenregionen, Vergleich verschiedener Konfliktregionen

### 3.3 Problemaufriß und Stand der Forschung

#### 3.3.1 Problemaufriß

Das Teilprojekt beschäftigt sich mit dem Wandel von Staatlichkeit am Beispiel internationaler Sicherheitspolitik. Im Zentrum stehen dabei zum einen die Aktivitäten internationaler Organisationen (IOs) und nicht-staatlicher/privater Akteure im Bereich von *Prävention* und *Intervention* bei innerstaatlichen Konflikten, da sie den Wandel in der Sicherheitspolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts am deutlichsten dokumentieren. Zum anderen liegt das Augenmerk auf einer Analyse des Beziehungsgefüges zwischen der Sicherheitspolitik einzelner Staaten und den entsprechenden IO- bzw. nicht-staatlichen Aktivitäten. Unter *Prävention* werden zivile oder militärische Aktivitäten verstanden, die dazu dienen, gewaltsame Konflikte zu vermeiden oder zumindest eine weitere Eskalation zu unterbinden. Prävention setzt daher idealiter im Konfliktverlauf zu einem möglichst frühen Zeitpunkt ein. Unter *Intervention* wird eine massive zivil-militärische Einmischung verstanden, die dazu dient, einen bereits stattfindenden Bürgerkrieg zu beenden (*war ending*) und Prozesse der Friedenskonsolidierung (*post-conflict peace-building*) zu fördern. Prominente Beispiele für diesen „neuen Interventionismus“ (Debiel/Nuscheler 1996) sind neben *peace-keeping*-Operationen nicht zuletzt die UN- oder EU-Verwaltungen in ehemaligen Bürgerkriegsregionen. Interventionen dieser Art erfolgen zu einem relativ späten Zeitpunkt im Konfliktverlauf.

In beiden Fällen – im zweiten in der Regel stärker als im ersten – bedeuten diese Aktivitäten einen direkten Eingriff in diverse Dimensionen von Staatlichkeit, vor allem jedoch im Hinblick auf die *Ressourcendimension*, die idealiter die autonome staatliche Verfügung sowohl über erwirtschaftete Ressourcen als auch über Gewaltmittel umfaßt. Dieser Eingriff gilt, wie zu zeigen sein wird, sowohl für jene Staaten, die sich an solchen internationalen Maßnahmen beteiligen (*Teilnehmer*) als auch für jene, die von solchen Aktivitäten betroffen sind (*Adressaten*). Zwar mußten Staaten, historisch betrachtet, stets Autonomieverluste bzw. Souveränitätseinbußen auf diesen Feldern hinnehmen. In der Regel geschah dies infolge opportunistischer Machtkalküle mächtiger Staaten oder Staatenkoalitionen. Selbst wenn dadurch ihre *de jure*-Anerkennung als Staat (*international legal sovereignty*) nicht berührt war (außer bei territorialen Eroberungen), mußten sie, so Krasner (1999), *de facto* Abstriche von ihrer *westphalian sovereignty* (Prinzip der souveränen Autonomie) oder gar von ihrer *domestic sovereignty* (Prinzip des innerstaatlichen Gewaltmonopols) machen. Neu ist demnach weniger der Eingriff in Souveränitätsas-

pekte *per se*, sondern vielmehr die Art und Weise sowie die Zielsetzung des Eingriffs.

Das Projekt will insofern erstens zeigen, daß seit den 1990er Jahren Interventions- bzw. Präventionsmaßnahmen in aller Regel nicht mehr unilateral stattfinden, sondern überwiegend *multilateralen* Charakter haben und durch internationale Organisationen und/oder private Akteure ausgeführt werden. Daraus folgt zweitens die Frage, ob und inwieweit sich staatliche Politiken (inklusive der entsprechenden Ressourcen) zumindest teilweise auf eine überstaatliche Ebene verlagern (*Internationalisierung*) und/oder aber bewußt an nicht-staatliche Akteure ausgelagert werden (*Privatisierung*). Drittens wäre sekundäranalytisch zu prüfen, ob und in welcher Weise sich der Charakter der Einmischung gegenüber früheren Interventionen verändert hat, ob diese also nicht mehr dazu dienen, politische Einflußzonen zu erweitern und die lokale Autorität zu schwächen, sondern im Gegenteil dazu, bei den Adressaten gefährdete staatliche Strukturen zu stärken und, wenn notwendig, wieder aufzubauen. Betrachtet man den Vorgang insgesamt, so drängt sich ein paradox scheinender Eindruck auf: Während bei den Adressaten eine brüchig gewordene bzw. verlorengegangene Staatlichkeit (*failed states*) insgesamt und auch im sicherheitspolitischen Bereich neu begründet werden soll, verlagert sich zumindest in den europäischen OECD-Staaten Sicherheitspolitik auf überstaatliche Instanzen.

In den 1990er Jahren gewannen daher in der Politikwissenschaft, insbesondere in der Friedens- und Konfliktforschung, die Begriffe *Prävention* und *Intervention* erheblich an Konjunktur. Zwischen beiden Konzepten besteht ein enger Sinnzusammenhang, da es sich in beiden Fällen um eine *Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates* handelt. Prävention dient idealiter dazu, durch vorsorgende Maßnahmen spätere Interventionen zu verhindern. Umgekehrt versuchen Interventionen, stattfindende Gewalt zu beenden und ihren Wiederausbruch zu vermeiden; auch sie können insofern eine präventive Wirkung entfalten. Die Übergänge zwischen beiden Formen der Einmischung sind daher in der Praxis oftmals fließend. In der Forschung werden die Konzepte jedoch in der Regel getrennt voneinander diskutiert, wobei bestimmte Fragestellungen dominieren.

### 3.3.2 *Stand der Forschung*

#### **Prävention**

Beim Thema Prävention lassen sich vor allem *drei Literaturstränge* unterscheiden: Der *erste* befaßt sich im wesentlichen mit begrifflichen und konzeptionellen Überlegungen, die eher heuristischer Natur sind. Prävention zielt danach nicht auf die Vermeidung sozialer Konflikte *per se*, sondern auf die Verhinderung eines gewaltvollen Konfliktaustrags und gleichzeitig auf die Förderung konstruktiver, ziviler

Formen im Umgang mit Konflikten. Die international gebräuchlichen Begriffe *preventive diplomacy* oder *conflict prevention* werden daher meist mit dem Hinweis auf die Verhütung von *violent* oder *deadly conflicts* verbunden. Diesem Verständnis folgt auch die geläufige Präventions-Definition von Lund (1996: 37): „Action taken in vulnerable places and times to avoid the threat or use of armed force and related forms of coercion by states or groups to settle the political disputes that can arise from the destabilizing effects of economic, social, political and international change.“ Um diese Zielsetzung präventiver Politik zu unterstreichen, haben sich in der deutschsprachigen Literatur die Begriffe *Krisenprävention* (Fischer 1999; Matthies 2000) oder *Gewaltprävention* (Debiel 1996; Spelten 1996; Birckenbach 1997) eingebürgert. In der Forschung besteht weitgehend Einigkeit darin, daß sich das Problem der Gewaltvermeidung letztlich in jeder Phase eines Konfliktes stellt – vor, während und nach einer Gewalteskalation. Es gilt demnach, (a) Gewaltanwendung zu vermeiden, (b) weitere Eskalationen zu unterbinden oder zumindest einzudämmen und (c) den Wiederausbruch von Gewalt zu verhindern (s.a. Carnegie Commission 1997). Diese Sichtweise führt notwendigerweise zu einer Ausdifferenzierung des Präventionskonzepts, das sich damit nicht nur allein auf eine Frühphase des Konflikts beschränken läßt, was oftmals als „Prävention im engeren Sinne“ bezeichnet wird (Matthies 2000: 36). Analog zu den drei Konfliktphasen sprechen Leatherman u. a. (1999: 99) von *conflict prevention*, *escalation prevention* und *post-conflict prevention*, Nicolaïdis (1996: 32-36) spricht von *early*, *late* und *continuous prevention* und Matthies (2000: 34) von *Primär-*, *Sekundär-* und *Tertiärprävention*.

Ein zweiter Literaturstrang untersucht primär Aktivitäten und Instrumente, die zur Prävention im weitesten Sinne dienen können. Als Ausgangspunkt wird dabei häufig die Unterscheidung der Carnegie Commission (1997) zwischen *operational* und *structural prevention* aufgegriffen; andere sprechen alternativ auch von *ad hoc* und *systemic prevention* (Nicolaïdis 1996: 39-40) oder von *light* und *deep prevention* (Miall u.a. 1999: 97). Unter die Kategorie von *structural prevention* fallen langfristige Maßnahmen, die darauf abzielen, potentielle oder tatsächliche Konfliktursachen zu beseitigen und dauerhafte, selbsttragende Lösungen zu entwickeln. Sie konzentrieren sich damit primär auf strukturelle Faktoren (*background factors*, *root causes*), die oftmals die tieferliegenden Ursachen für einen Konflikt darstellen. Zu diesen Strukturfaktoren gehören beispielsweise sozio-ökonomische Ungleichheit, demographischer Wandel, Armut, politische Repression und Diskriminierung, ineffektive Institutionen oder mangelnde politische Partizipationschancen. Typische Politikfelder, die für strukturelle Prävention genutzt werden können, sind die Entwicklungszusammenarbeit (Ball/Halevy 1996; Spelten 1998; Eide/Ronnfeldt 1998; Mehler/Ribaux 2000), internationale Kreditvergabepolitik (Boyce/Pastor 1998;

Stevenson 2000), Abrüstung und Rüstungskontrolle, Demokratisierung und *good governance* (Mair 1997; Reyhler 1999), Menschenrechtspolitik, Friedenserziehung, Versöhnungspolitik (Lederach 1995, 1997) sowie die Förderung von *peace constituencies* (Ropers 1995, 1996). Zur Kategorie von *operational prevention* gehören kurz- bis mittelfristige Maßnahmen, die sich unmittelbar auf spezifische, zu meist politische Krisen bzw. Krisenanzeichen beziehen. Sie reagieren in erster Linie auf Prozeßfaktoren (*aggravating factors*), die eine bestehende labile Situation weiter verschärfen, bzw. auf Auslösefaktoren (*triggering events*), die oftmals den aktuellen Anlaß zu einer gewaltsamen Eskalation oder zu einer Fortsetzung derselben geben (Matthies 2000: 37-38). Typische Instrumente der operationalen Prävention sind *fact finding*- und *monitoring*-Missionen, Vermittlungs- und Schlichtungsbemühungen (Bercovitch/Rubin 1992; Diamond/McDonald 1996; Paffenholz 1998; Greenberg u.a. 2000), Androhung und Verhängung von ökonomischen und politischen Sanktionen (Martin 1992; Cortright/Lopez 1995, 2000; Weiss u.a. 1997; Crawford/Klotz 1999), humanitäre Soforthilfe (Minear/Weiss 1995; Anderson 1999), die Entsendung internationaler Polizeieinheiten (Holm/Eide 2000) oder die präventive Stationierung von Truppen (*preventive deployment*). Diese potentiellen Maßnahmen machen deutlich, daß Prävention nicht notwendigerweise neuartige *policy*-Instrumente erfordert, sondern die Literatur vielmehr eine neue Perspektive auf bisherige Politiken eröffnet, die nunmehr auf ihren Beitrag zur Konfliktvermeidung hin analysiert und evaluiert werden (siehe beispielhaft Anderson 1999). Daneben werden in der Sozialwissenschaft auch innovative Instrumente, wie insbesondere Maßnahmen zur Früherkennung und -warnung von Konflikten (Gurr/Harff 1996, 1998; Davies/Gurr 1998; Walraven 1998), diskutiert. Im Zentrum dieser Literatur steht die Frage nach der Wirkung und den Erfolgsbedingungen der jeweiligen Instrumente und Politikfelder, oftmals untersucht auf der Basis vergleichender Fallstudien.

Der *dritte* Literaturstrang stellt die Rolle verschiedener Akteure bei der Konfliktbearbeitung in den Mittelpunkt. Die forschungsleitende Frage lautet hier: Welche Akteure engagieren sich auf welche Weise im Bereich der Prävention? Untersucht werden dabei sowohl inner-institutionelle Voraussetzungen (Strukturen und Entscheidungsmechanismen) als auch die inhaltliche Politikentwicklung und ihre praktische Umsetzung. In der Regel wird in diesem Bereich zwischen drei Akteursgruppen unterschieden: nicht-staatliche/private, staatliche und internationale/multilaterale Akteure. Historisch betrachtet gewann die Präventionsperspektive seit Ende der 1980er Jahre zunächst bei den NGOs (z.B. *International Alert*), bei humanitären Organisationen sowie bei nationalen und internationalen Entwicklungsagenturen eine praxeologische Bedeutung, was schließlich zur Änderung bzw. Überprüfung bisheriger Politiken und interner Strukturen führte. Diese Entwick-

lungen sind in der Literatur relativ breit dokumentiert.<sup>1</sup> Seit Mitte der 1990er Jahre wurde die Problematik verstärkt auch in den zentralen Entscheidungsgremien der IOs (Bauwens/Reychler 1994; Chayes/Chayes 1996; Walraven/Vlugt 1996; Peck 1998) sowie bei nationalen Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungsministerien aufgegriffen (Björkdahl 1999; Reinhardt 1999; Walraven 1999). Bei Durchsicht der Literatur wird deutlich, daß sich NGOs und Entwicklungsagenturen primär auf den Bereich der strukturellen Prävention konzentrieren, während die eher kurzfristige, operationale Prävention (Krisenmanagement) eine Domäne nationaler Außen- und Sicherheitspolitiken, sowie internationaler Organisationen ist, zumeist autorisiert und implementiert durch intergouvernementale Entscheidungsgremien (z.B. UN-Sicherheitsrat, Ständiger Rat der OSZE oder EU-Ministerrat) bzw. durch ihre jeweiligen, nachgeordneten Sekretariate (z.B. UN-Generalsekretariat, OSZE-Sekretariat, EU-Institutionen).

Nimmt man die drei Literaturstränge zusammen, erhält man folgendes Bild: Auf der konzeptionell-theoretischen Ebene liegen bereits umfangreiche Vorarbeiten vor, die allerdings zum Teil nur wenig operationalisiert sind und noch ihrer empirischen Überprüfung harren. Dies gilt insbesondere für die Frage nach dem Maßstab und den Bedingungen für den Erfolg präventiver Bemühungen (siehe dazu Jentleson 2000). Auf der Ebene der Maßnahmen dominieren Einzeluntersuchungen über verschiedene Instrumente, die erst neuerdings unter dem Gesichtspunkt der Prävention betrachtet werden. In einigen Bereichen, wie z.B. bei Sanktionen oder Vermittlung, gibt es bereits eine breite, empirisch gehaltvolle Wirkungsforschung. Gleichwohl besteht das zentrale Manko darin, daß die Instrumente zumeist nur isoliert und nicht im Verbund untersucht werden, obgleich in der Realität in der Regel stets ein *set* von Instrumenten parallel oder zeitlich versetzt angewandt wird. Über die Wechselwirkungen der Instrumente untereinander ist relativ wenig bekannt, weshalb sich die in der Praxis häufig gestellte Frage nach dem geeigneten *tool-kit* für spezifische Situationen bislang nur schwer beantworten läßt. Dies gilt in besonderem Maße für alle Aktivitäten im Bereich der operationalen Prävention. Auf der Ebene der Akteure beherrschen Studien über NROs und Entwicklungsagenturen das Bild. Die Untersuchung von IOs und insbesondere von staatlichen Akteuren steht hingegen noch weitgehend am Anfang, dies gilt sowohl für die Analyse der Politikentwicklung innerhalb der internationalen/nationalen Bürokratien als auch

---

<sup>1</sup> Zur Rolle von nicht-staatlichen Akteuren in der Weltpolitik, siehe Risse-Kappen (1995) und Josselin/Wallace (2001). Zur Rolle von NGOs, siehe Lederach (1995); DeMars (1995); Rotberg (1996); Hackett (1996); Ropers (1997); Melone (1998). Zur Rolle von Entwicklungs- bzw. Finanzorganisationen, siehe Ball/Halevy (1996); Anderson (1996, 1999); Mair (1997); Boyce/Pasttor (1998); Spelten (1998); Eide/Ronnfeldt (1998); Stremlau/Sagasti (1998); Englert (1999); Uvin (1999); Stevenson (2000).

für die Wirkungsweise ihrer Politiken in der Praxis. Eher unbeachtet bleiben die Wechselbeziehungen zwischen der internationalen und der nationalen Ebene in diesem Bereich, d.h. weder die gezielte oder eine eher sich allmählich entwickelnde Bildung von internationalen Regimen noch ihr Einfluß auf staatliche Politiken sind bislang – im signifikanten Unterschied zu anderen Politikfeldern – genauer untersucht worden.

### **Intervention**

Im Unterschied zur Prävention dienen Interventionen dazu, bereits stattfindende Gewalt durch Einmischung von außen zu beenden und eine Rückkehr zur Gewalt durch die Stationierung einer internationalen Präsenz zu verhindern. Dabei handelt es sich um einen weitaus tiefgreifenderen Eingriff in die inneren Belange eines Staates. Interventionen erfolgen darüber hinaus in der Regel gegen den Willen der Betroffenen (bzw. gegen den Willen einer Konfliktpartei), sie können allerdings auch, etwa zur Absicherung und Implementierung eines Friedensabkommens, von den Beteiligten gewünscht werden (*erbetene Intervention*). Interventionen schließen – im Gegensatz zur Prävention – notwendigerweise die Androhung und Anwendung militärischer Gewaltmittel ein, letzteres geschieht in Form von Friedensschaffung (*peace making/enforcement*) oder von Friedenserhaltung (*peace-keeping*). Im Zuge der Friedenskonsolidierung (*post-conflict peace-building*) enthalten Interventionen in Krisengebieten auch eine starke zivile Komponente, etwa in Gestalt von international geführten Zivilverwaltungen, Polizeieinheiten und Gerichten (z.B. UN-Verwaltungen in Kambodscha, Kosovo und Ost-Timor, EU-Verwaltung in Mostar und Bosnien).

Die Literatur läßt sich in diesem Bereich ebenfalls in drei Richtungen einteilen: Zum *ersten* findet sich eine breite völkerrechtliche und normative Debatte über die Legitimität von Interventionen. Zwar gilt nach einem soziologischen Verständnis letztlich jede Aktivität, die dazu dient, das Verhalten eines Staates von außen zu beeinflussen, als Intervention (vgl. z.B. Czempiel 1994), gleichwohl wird im Völkerrecht der Begriff primär auf die Anwendung von durch die UN legitimierten Zwangsmitteln (Kap. VII UN-Charta) bezogen. Darüber hinaus gewann die Problematik vor allem im Kontext von *humanitären Interventionen* in den 1990er Jahren erneut an Bedeutung: Darunter wird ein spezifischer Interventionstyp verstanden, bei dem durch militärisches Eingreifen von Seiten Dritter schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen innerhalb eines Staatsgebietes beendet werden sollen, die in der Regel von einer Regierung an Teilen ihrer Bevölkerung verübt werden (Pape 1997; Abiew 1999). Das Völkerrecht beschäftigt sich vor allem mit der Frage der rechtlichen Zulässigkeit von Militärinterventionen, verstanden als Abweichungen vom Prinzip der Nicht-Einmischung, und muß dabei Abwägungen



zwischen verschiedenen völkerrechtlich relevanten Normen (z.B. Gewaltverbot versus Schutz der Menschenrechte) treffen (Arend/Beck 1993; Delbrück 1992; Kimminich 1995; Luchterhand 1999; Simma 1999). Die Debatten in der normativen Theorie eröffnen darüber hinaus unter der Rubrik des „gerechten Krieges“ eine grundsätzliche Perspektive (Walzer 1977; Smith 1989; Forbes/Hoffman 1993; Hoffmann 1995; Fixdal/Smith 1998; Brunckhorst 1998; Mayer 1999; Ladwig 2000), bei der es um eine Reihe von Kriterien geht, die als Gradmesser für oder gegen eine moralische Rechtfertigung humanitärer Intervention dienen können. Dazu gehören Fragen nach dem „gerechten Grund“ (*causa iusta*), nach der „richtigen Intention“ (*recta intentio*) derjenigen, die militärisch eingreifen, nach der Legitimität derjenigen, die darüber entscheiden, sowie nach der Angemessenheit, Verhältnismäßigkeit und Effektivität der eingesetzten Mittel (Merkel 2000).

Der *zweite* Literaturstrang befaßt sich mit den sicherheitspolitischen Implikationen von Interventionen. Dazu gehören zum einen Untersuchungen über die Auswirkungen von humanitären Interventionen auf die Strukturen internationaler Politik (Bull 1984; Fidler 1993; Jentleson u.a. 1992; Ramsbotham/Woodhouse 1996; Harris 1995), darunter nicht zuletzt die Frage, inwieweit sich im Zuge dieser Entwicklung de facto das Verständnis von Souveränität wandelt (Lyons/Mastanduno 1995). Zum anderen werden die Folgen solcher Interventionen für einzelne Akteure analysiert und evaluiert. Dies gilt in besonderer Weise für die Rolle der Vereinten Nationen und ihrer *peace-keeping*-Operationen (Kühne 1993; Ehrhart/Klingenburg 1996), aber auch für die Sicherheitspolitik einzelner Interventionsstaaten, wie insbesondere für die USA (Berdal 1994; Daalder 2000; Jentleson 1997; Haass 1994).

Der *dritte* Literaturstrang befaßt sich mit der Detailanalyse empirischer Fälle, dabei stehen Interventionen wie im Irak (Kurden), in Kambodscha, Somalia, Haiti, Bosnien, Ruanda oder Kosovo im Vordergrund.<sup>2</sup> In der Regel geht es bei den zumeist induktiv vorgehenden Fallstudien um *lessons*, d.h. um verallgemeinerbare Erkenntnisse über Bedingungen von Erfolg bzw. Mißerfolg solcher Interventionen. Vergleichsweise selten wird hingegen der Frage nachgegangen, wie das Zustandekommen solcher Interventionen zu erklären ist (siehe z.B. Hasenclever 2000). Mit anderen Worten: Warum wird überhaupt von Seiten Dritter in innerstaatliche Konflikte interveniert? Welche Faktoren erklären den Einsatz militärischer Mittel?

Im Ergebnis läßt sich ähnlich wie bei der Prävention feststellen, daß bestimmte Fragestellungen bislang eher unterbelichtet sind. Besonders auffällig ist die Dominanz völkerrechtlicher und normativer Literatur; die sozialwissenschaftliche For-

<sup>2</sup> Zu einzelnen Fallstudien, siehe u.a. Makinda (1993), Clarke/Herbst (1997), Hirsch/Oakley (1995), Jones (1995), Calic (1996) und Weiss (1999); siehe auch Beiträge in Sammelbänden von MacRae/Zwi (1994), Debiel/Nuscheler (1996), Mayall (1996) und Walter/Snyder (1999).

schung konzentriert sich, wie dargestellt, dagegen entweder auf allgemeine Studien zum Wandel internationaler Normen oder aber auf konkrete Fallstudien, wobei vergleichende Studien eher die Ausnahme darstellen. Untersuchungen über die Genese internationaler Interventionspolitiken (Wann wird wo warum interveniert?) sind dagegen bis auf wenige Fälle Mangelware; die Erforschung bestimmter Teilaspekte von Interventionspolitiken, wie etwa die zivil-militärische Zusammenarbeit (Joulwan/Shoemaker 1998; Weiss 1999) oder aber die zwiespältige Rolle privater Sicherheitsfirmen (Adams 1999; Lilly 2000; Lock 2001; Shearer 1998), steht noch am Anfang. Die Wirkung solcher Politiken für die *Adressaten*-Staaten ist ebenfalls zwar im Einzelfall untersucht worden, eine systematische Bündelung dieser Erkenntnisse fehlt jedoch bislang. Darüber hinaus werden zwar aus völkerrechtlicher, aus normativer und politikwissenschaftlicher Sicht die Folgen von Interventionen für die Norm der Souveränität in der internationalen Politik diskutiert. Nicht untersucht wird jedoch, welche Auswirkungen solche Interventionen auf die Souveränität und damit auf die Staatlichkeit der *Teilnehmer*-Staaten selbst haben (für einen ersten Versuch vgl. Zangl/Zürn 2003).

### 3.4 Eigene Vorarbeiten

Dieter *Senghaas* beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit verschiedenen Aspekten der Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforschung. Seine einschlägigen sicherheitspolitischen Forschungen beziehen sich auf die Problembereiche Abschreckung (Senghaas 1969), Rüstungskontrolle (Senghaas 1972a, 1972b), Kriegs- und Friedensursachen im allgemeinen (Senghaas 1974, 1986, 1988) sowie Ethno-Konflikte im Besonderen (Senghaas 1992, 1994, 1998).

Ulrich *Schneckener* hat sich in der Vergangenheit mit Fragen von Souveränität und Selbstbestimmung in den internationalen Beziehungen (1996) sowie mit verschiedenen Formen der Bearbeitung von ethno-nationalen Konflikten befaßt (1999, 2002a, 2002b; Schneckener/Wolff 2002). Daneben erarbeitete er erste Vorstudien zur Rolle internationaler Organisationen im Bereich von Prävention/Intervention, primär mit Blick auf die Europäische Union (Schneckener 2002c, 2002d). In seiner neuen Funktion bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (seit März 2002) beschäftigt er sich u.a. mit nicht-staatlichen Akteuren bei der Konfliktbearbeitung.

#### Literaturangaben zu den eigenen Vorarbeiten

- Schneckener, Ulrich (1996) *Das Recht auf Selbstbestimmung. Ethno-nationale Konflikte und internationale Politik* Hamburg: Lit-Verlag
- (1999) „Regulierung ethnischer Konflikte in Südosteuropa. Die Politik der Anerkennung“ *Internationale Politik* 54:9 7-20

- (2002a) *Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationaler Konflikte in Europa* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (2002b) „Making Power-Sharing Work. Lessons from Successes and Failures in Ethnic Conflict Regulation“ *Journal of Peace Research* **38**:2 203-229
- (2002c) Developing and Applying EU Crisis Management. Test Case Macedonia, Flensburg: European Centre for Minority Issues, January 2002 (Working Paper Nr. 14)
- (2002d) „Konfliktprävention und Krisenmanagement der EU. Lehren aus dem Mazedonien-Engagement“ in: Raimund Krämer & Hans Arnold, Hg. *Sicherheit im größeren Europa* Bonn: Dietz
- & Stefan Wolff, Hg. (2002) *Managing and Settling Ethnic Conflicts: Perspectives on Successes and Failures in Europe, Africa and Asia* London: Hurst
- Senghaas, Dieter (1969) *Abschreckung und Frieden: Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit* Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt
- (1972a) *Rüstung und Militarismus* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1972b) *Aufrüstung durch Rüstungskontrolle. Über den symbolischen Gebrauch von Politik* Stuttgart: Verlag Kohlhammer
- (1974) *Gewalt, Konflikt, Frieden. Essays zur Friedensforschung* Hamburg: Hoffmann und Campe
- (1986) *Die Zukunft Europas: Probleme der Friedensgestaltung* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1988) *Konfliktformationen im internationalen System* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1992) *Friedensprojekt Europa* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1994) *Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- (1998) *Zivilisierung wider Willen* Frankfurt a.M.: Suhrkamp

### **3.5 Arbeitsprogramm (Ziele, Methoden, Arbeits- und Zeitplan)**

#### **3.5.1 Forschungsziele**

Zentrales Anliegen des Projektes ist die Frage nach der Bildung von internationalen Präventions- und Interventionspolitiken einerseits und ihrer Wirkung auf Staatlichkeit andererseits. Präventions- und Interventionspolitiken werden dabei als ein Ausdruck für die fortschreitende Verlagerung von Sicherheitspolitik von der Ebene des Staates auf diverse Ebenen jenseits des klassischen Nationalstaates verstanden (*Internationalisierung* sowie *Privatisierung*). Diese Entwicklung, auch als „post-westfälisches System“ (Sørensen 2001) oder als „Regieren jenseits des Nationalstaates“ (Zürn 1998) bezeichnet, hatte zwar in einem engeren militärischen Sinne bereits vor 1990 eingesetzt, vor allem im Rahmen von Militärallianzen wie etwa der NATO. Sie bezieht sich jedoch heute auf eine breitere Konzeption von Sicherheit (Buzan u.a. 1998), die u.a. Aufgaben der Katastrophenhilfe, der Entwicklungs- und Weltwirtschaftspolitik, der Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sowie der Konfliktvermeidung und des Krisenmanagements als sicherheitspolitisch relevant begreift. Darüber hinaus befaßt sich eine Vielzahl von IOs explizit mit der gesamten Bandbreite sicherheitspolitischer Fragen: Dazu zählen neben den Vereinten

Nationen die OSZE und andere Regionalorganisationen ebenso wie die Europäische Union oder die NATO, die sich von einer reinen Allianz zu Zwecken kollektiver Verteidigung zu einer „Sicherheits-Management“-Organisation (Wallander/Keohane 1999) entwickelt. Diesen Organisationen wurden in den 1990er Jahren von ihren Mitgliedern sukzessive immer neue Aufgaben und Kompetenzen übertragen, infolgedessen erhielten sie auch entsprechende Ressourcen. Gleichzeitig verstärkten IOs die Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren, um diese erweiterten Aufgaben leisten zu können. Diese Kooperationsformen von IOs und NGOs gelten sowohl für die „Hauptquartiere“ in New York, Genf oder Brüssel, als auch für die Zusammenarbeit vor Ort in den Krisenregionen. Diese Situation unterscheidet sich von der sicherheitspolitischen Konstellation des DRIS, wie sie sich trotz Allianzbindungen in der Zeit nach 1945 besonders markant am Beispiel Frankreichs, am wenigsten allerdings im Falle der BR Deutschland, dokumentieren läßt.

Die Wirkung solcher Politiken soll in zweifacher Weise untersucht werden. Zum einen mit Blick auf *Teilnehmer*-Staaten, die sich aktiv an einer sich abzeichnenden Verlagerung und Internationalisierung beteiligen, an der Formulierung internationaler Standards mitwirken sowie ihre Ressourcen zur Verfügung stellen und schließlich ihre nationalen Strukturen und Politikinhalt in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik entsprechend verändern, um für internationale Aufgaben besser gerüstet zu sein. Zum anderen ist der Blick auf *Adressaten*-Staaten bzw. Konfliktparteien gerichtet, die von Präventions- oder Interventionsmaßnahmen unmittelbar betroffen sind. Dabei handelt es sich um Staaten, in denen ein Bürgerkrieg droht oder bereits stattfindet – entweder in Gestalt eines ethnonationalen Konfliktes oder aber eines Anti-Regime-Krieges: Im ersten Fall treten zumeist separatistische Gruppierungen auf den Plan, im zweiten Fall Rebellengruppen, die ein bestehendes Regime mit Waffengewalt stürzen wollen. Beiden Fällen gemeinsam ist jedoch der drohende *Zerfall staatlicher Ordnung* durch sich befehdennde Gruppen, im Extremfall verschärft durch *warlords*, die den Krieg zur neuen Quelle privaten Einkommens erkoren haben (Elwert 1997; Jean/Rufin 1999). Konflikte dieser Art haben seit dem Ende des Ost-West-Konflikts deutlich zugenommen (Gurr 1994; Wallensteen/Sollenberg 1999; Peck 1998: 25-44) und sind typisch für Südosteuropa, den Kaukasus, Afrika südlich der Sahara und Südostasien. In diesem „prä-westfälischen System“, das durch den Verlust des staatlichen Gewaltmonopols gekennzeichnet ist (Daase 1999; Kaldor 2000; Rich 1999), treten internationale Akteure – oftmals IOs und NGOs gemeinsam – entweder auf Zeit an die Stelle staatlicher Strukturen, oder aber sie tragen durch gezielte Maßnahmen zu deren Stabilisierung bzw. friedlicher Transformation bei.

Diese Überlegungen führen zu drei Aspekten, denen im Teilprojekt nachgegangen werden soll:

- Die *erste Fragestellung* bezieht sich auf die Genese internationaler Präventions- und Interventionspolitiken: Sie thematisiert die von den Einzelstaaten geförderte Entstehung dieser Politiken bis hin zur Bildung von Regimen, zumeist lokalisiert bei den IOs, als ein Beispiel für den doppelten Trend in Richtung Internationalisierung und gleichzeitiger Privatisierung von Sicherheit, den man als Schritt in Richtung auf eine neue *Security Governance* verstehen kann. Mit diesem Begriff werden neben der Pluralisierung von Akteuren (staatlich/intergouvernemental/nicht-staatlich) auch veränderte Strukturen und Prozesse verstanden, die eine Politikformulierung, Entscheidungsfindung und Implementation von Sicherheitspolitik trotz Abwesenheit einer zentralen Autorität ermöglichen (Czempiel/Rosenau 1992; Gordenker/Weiss 1996; insbesondere Krahnmann 2001). Konkret: Aufgaben der Konfliktvermeidung, der Friedenssicherung und der Friedenserhaltung werden, inklusive der dazu notwendigen Instrumente (zivile und militärische Mittel) und Ressourcen (Personal, Finanzen, etc.), zunehmend an internationale Organisationen und an private Akteure (humanitäre Hilfe, NGOs, Sicherheitsfirmen, etc.) delegiert. Die jeweiligen Politiken unterliegen, so die Vermutung, demzufolge in einem höheren Maße horizontaler Koordination, was zu veränderten Entscheidungsprozessen auf internationaler Ebene führt. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die IOs, die sowohl mit ihren Mitgliedstaaten als auch mit nicht-staatlichen Akteuren in Beziehung stehen. Sie bilden daher die primäre Untersuchungseinheit, um die Bildung von Regimen bzw. von *Security Governance* zu analysieren. Die *Hauptfrage* lautet demnach: Wie läßt sich die Bildung solcher Politiken erklären und wie lassen sich diese adäquat beschreiben?
- Die *zweite Fragestellung* bezieht sich auf die Wirkung dieser Politiken im Rahmen von *Security Governance* auf jene Staaten, die an Präventions- bzw. Interventionsmaßnahmen aktiv teilnehmen. Zwar sind diese Staaten selbst – z.B. durch Beschlüsse auf EU-Ebene – an der Genese dieser Politiken und Regime beteiligt; umgekehrt sind sie nach ihrer Etablierung zunehmend gezwungen, ihre eigenen Politiken an die von den internationalen Organisationen entwickelten Zielsetzungen, Standards (z.B. bei der Ausbildung von Personal) und Normen anzupassen. Gleichzeitig wächst durch die Auslagerung von Aufgaben und Ressourcen (*outsourcing*) an private Akteure der Koordinationsbedarf. Umgekehrt nehmen diese Akteure wieder vermehrt Einfluß auf die Formulierung nationaler Politiken. Diese Wechselbeziehung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf nationaler Ebene, die in der Entwicklungspolitik seit Jahrzehnten bekannt ist, zeichnet sich nunmehr auch im Bereich von Si-

cherheitspolitik ab. Diese Veränderungen in der einzelstaatlichen Außen-, Sicherheits- und sicherheitspolitisch relevanten Entwicklungspolitik gilt es nachzuzeichnen. Die *Hauptfrage* lautet daher: In welcher Weise tragen Internationalisierung und Privatisierung von Sicherheit zu einem Wandel staatlicher Politiken bei?

- Die *dritte Fragestellung* konzentriert sich auf die Interaktion zwischen den internationalen und nicht-staatlichen Akteuren auf der einen sowie den *Adressaten*-Staaten auf der anderen Seite: Sie untersucht die praktischen Erfahrungen von internationalen Präventions- und Interventionsversuchen in drohenden oder bestehenden Bürgerkriegssituationen. Die *Hauptfrage* lautet hier: Welche Auswirkungen haben Präventions- und Interventionspolitiken vor Ort und welchen Einfluß haben sie auf den Erhalt, die Bildung oder aber die Transformation von Staatlichkeit? Und welche Rolle spielen dabei internationale Organisationen bzw. nicht-staatliche Akteure?

Damit sind drei Themenkomplexe angesprochen, die zunächst deskriptiv erarbeitet werden, woraus sich dann im Laufe des Forschungsprojektes explikative Erkenntnisse ergeben sollen:

- (1) In welcher Form und wie entstehen Präventions- und Interventionspolitiken, fokussiert auf die IOs und ebendort lokalisiert, und wie ist dieser Prozeß zu erklären?
- (2) Welchen Einfluß hat dieser Prozeß seinerseits auf die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in ausgewählten *Teilnehmer*-Staaten?
- (3) Welchen Beitrag leisten diese Politiken zum Aufbau oder zur Transformation von Staatlichkeit in *Adressaten*-Staaten?

Jedem Themenkomplex liegt eine Reihe von deskriptiv/tentativ explikativ orientierten Arbeitshypothesen zugrunde:

Zur *ersten Fragestellung*: Es wird erwartet, daß

- a) bei den zu untersuchenden IOs seit Beginn der 1990er Jahre eine signifikante Erweiterung von Aufgaben, insbesondere mit Blick auf Präventions- und Interventionspolitiken, stattfindet und insofern von einer Internationalisierung der Sicherheitspolitik der OECD-Staaten gesprochen werden kann;
- b) zudem verstärkt eine Privatisierung von Aufgaben im Sinne von *outsourcing* an nicht-staatliche Akteure erfolgt;
- c) eine enge Kooperation und Politikkoordination von IOs und NGOs stattfindet, die sich dem einzelstaatlichem Einfluß weitgehend entzieht;
- d) gleichwohl nur bestimmte Aufgaben verlagert werden, während andere typischerweise bei den Nationalstaaten verbleiben;

- e) zwischen den einzelnen IOs eine erhebliche Varianz hinsichtlich ihrer Präventions- und Interventionspolitiken besteht;
- f) ferner die Genese und Fortentwicklung dieser Politiken stark von Pfadabhängigkeiten und inner-institutionellen Lernprozessen innerhalb der internationalen Bürokratien abhängig ist;
- g) es gleichwohl, unabhängig von den einzelnen IOs erkennbare, verallgemeinerbare „Muster“ bei der Politikentwicklung gibt;
- h) die Verlagerung auf die internationale Ebene je nach Mitgliedstaat einer unterschiedlichen Erklärung folgt, wobei grundsätzlich macht-, interessen- oder wissensorientierte Erklärungsmuster zu unterscheiden sind (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997);
- i) die Verlagerungsprozesse von der Politik dominanter Staaten stark beeinflusst werden, wobei ambivalente Interessenlagen zu vermuten (pro/contra Verlagerung) sind. Diese Ambivalenz ist vor allem bei der Weltführungsmacht USA zu unterstellen.

Zur zweiten Fragestellung: Es wird erwartet, daß

- a) die *Teilnehmer*-Staaten aktiv an den internationalen Politiken bzw. den etablierten Formen von *security governance* beteiligt sind, wobei bei jedem Staat unterschiedliche Motivationslagen vermutet werden können, die sich in den innenpolitischen Debatten zu diesem Thema widerspiegeln;
- b) sich die *Teilnehmer*-Staaten in unterschiedlicher Weise im Rahmen internationaler Politiken engagieren und bei den multilateralen Aktivitäten entsprechende Schwerpunkte setzen;
- c) sich die *Teilnehmer*-Staaten in ihrer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik verstärkt an Normen, Standards und Erfordernissen der internationalen Ebene orientieren und ihre traditionellen Politiken entsprechend verändern;
- d) sich die *Teilnehmer*-Staaten im Zuge dieser veränderten Politiken verstärkt nicht-staatlicher Akteure bedienen und diese mit entsprechenden Ressourcen ausstatten;
- e) gleichwohl die Bereitschaft der Staaten, Souveränität im Sicherheitsbereich abzugeben, unterschiedlich stark ausgeprägt ist und sie sich dementsprechend im Rahmen multilateraler Entscheidungsprozesse positionieren;
- f) insgesamt jedoch unilaterale Politiken im Bereich von Prävention und Intervention zugunsten von multilateralen oder gar supranationalen Politiken signifikant abnehmen.

Zur *dritten Fragestellung*: Es wird erwartet, daß

- a) die Bereitschaft von *Adressaten*-Staaten bzw. der lokalen Konfliktparteien, internationale Akteure im Konfliktfall ins Land zu lassen, von Fall zu Fall unterschiedlich gelagert und zumeist abhängig von bestimmten Anreizstrukturen und/oder externem Druck ist;
- b) der Einfluß internationaler Akteure und der Effekt ihrer präventiven bzw. intervenierenden Maßnahmen je nach Konflikttyp und je nach Konfliktstadium stark variieren;
- c) sich bestimmte Instrumente (oder auch Instrumentenmixe) beim Aufbau oder der Transformation staatlicher Strukturen grundsätzlich besser bewährt haben als andere;
- d) in Fällen bedrohter bzw. zerfallender Staatlichkeit wesentliche Aufgaben nicht nur von den IOs, sondern auch von nicht-staatlichen Akteuren wahrgenommen werden;
- e) der relative Erfolg internationaler Präventions- und Interventionsstrategien von begünstigenden Bedingungen sowohl auf Seiten der externen Akteure (z.B. Zeitpunkt des Eingreifens, koordiniertes und kohärentes Vorgehen, Führungsrolle einer IO, fallspezifische Herangehensweise) als auch auf Seiten der lokalen Konfliktparteien (z.B. Rolle der politischen Führung, Verhältnis von friedlichen und gewaltbereiten Kräften, eigene Fähigkeiten zur Konfliktvermeidung) abhängt (Matthies 2000: 111-118).

### 3.5.2 *Untersuchungsmethode*

#### **Fallauswahl**

Aufgrund des Forschungsdesigns bezieht sich die *Fallauswahl* auf drei Gruppen: *Internationale Organisationen*, *Teilnehmer* und *Adressaten*.

#### *Internationale Organisationen*

Für die Untersuchung von internationalen Präventions- bzw. Interventionspolitiken sollen nur IOs untersucht werden, in denen erstens die für den gesamten Sfb relevanten *westlichen Industriestaaten* eine hervorgehobene Rolle spielen, und die zweitens auf dem Gebiet von Prävention und Intervention in den 1990er Jahren besonders aktiv waren. Insofern kommen neben den Vereinten Nationen nur noch europäische bzw. transatlantische IOs in Frage, darunter entfallen aber jene, die, wie etwa der Europarat oder die OECD, keine nennenswerten präventiven oder intervenierenden Aktivitäten entfaltet haben. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Fallstudien ist die Untersuchung der Kooperation zwischen der jeweiligen IO und verschiedenen relevanten nicht-staatlichen Akteuren. Daraus ergibt sich ein *Sample* von vier Fällen:



- *Vereinte Nationen (UN)*: Mit seiner *Agenda for Peace* (1992) setzte der damalige UN-Generalsekretär Boutros-Ghali neue Schwerpunkte in den Bereichen präventive Diplomatie und Friedenskonsolidierung (*post-conflict peace-building*). Als erster Schritt wurde insbesondere die Rolle von Frühwarnung und *fact finding* des Generalsekretariats aufgewertet, dazu wurden das *Department of Humanitarian Affairs* (DHA) sowie das *Department of Political Affairs* (DPA) gegründet. Ferner wurde das Initiativrecht des Generalsekretärs gegenüber dem UN-Sicherheitsrat gestärkt (Art. 99 UN-Charta) und die Möglichkeiten zum Einsatz von *fact finding*- und Experten-Missionen in Krisengebieten verbessert (Art. 34 UN-Charta). Gleichzeitig wurden in den 1990er Jahren die „klassischen“ Instrumente wie die Entsendung von Sonderbotschaftern (*special envoys*) sowie *peace-keeping*-Operationen weitaus häufiger genutzt als zuvor, ähnliches gilt für vom UN-Sicherheitsrat gebilligte *peace-enforcement*-Operationen (z.B. Somalia, Haiti, Bosnien). Hinzu trat die praktische Erprobung neuer Ansätze wie *preventive deployment* von UN-Truppen, die Schaffung demilitarisierter Zonen (*safe haven*) und nicht zuletzt diverse Versuche, durch zivile UN-Verwaltungen in Krisengebieten Staatlichkeit neu- oder wiederzubegründen. Für eine weitere Stärkung der UN im sicherheitspolitischen Bereich, insbesondere mit Blick auf die autonome Handlungsfähigkeit, wird darüber hinaus seit Jahren über eigene *Stand-by*-Truppen zur Friedenssicherung (zuletzt im sogenannten Brahimi-Report, 2000) sowie über eine institutionelle Reform des UN-Sicherheitsrates diskutiert.
- *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE, früher KSZE)*: Bereits in der Charta von Paris (1990) verständigten sich die KSZE-Staaten darauf, nach neuen Wegen der Kooperation zu suchen, darunter „ways of preventing, through political means, conflicts which may emerge“. Galt dies zunächst mit Blick auf zwischenstaatliche Krisen, wurden mit dem Gipfel von Helsinki (1992) Instrumente zur Bearbeitung innerstaatlicher Konflikte geschaffen: das *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR), der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten sowie die Entsendung von Langzeit-Beobachtungsmissionen bzw. von Sonderbeauftragten in Krisenregionen. Mit ihrer Institutionalisierung wurde die OSZE auf der Gipfel-Konferenz von Budapest (1994) zum „primary instrument for early warning, conflict prevention and crisis management“ erklärt. Auf politischer Ebene spielen dabei der Ständige Rat, das OSZE-Sekretariat sowie der amtierende *Chairman-In-Office* die zentrale Rolle. Daneben bestehen eine Reihe von Mechanismen, die einerseits die OSZE-Staaten zur Kooperation in Menschenrechts- und Sicherheitsfragen verpflichten und andererseits zur Krisenbewältigung bzw. zur friedlichen Streitbeilegung dienen sollen (Berlin- bzw. Valletta-Mechanismus).

Auf dem Gipfel in Istanbul (1999) beschloß die OSZE zudem die Einrichtung von *Rapid Expert Assistance and Cooperation Teams* (REACT, bis Juni 2000), die die vorhandene Expertise bündeln und künftige OSZE-Missionen unterstützen sollen.

- *Europäische Union (EU)*: Seit Mitte der 1990er Jahre verstärkte die EU ihre Bemühungen, Strategien und Instrumentarien zum Krisenmanagement außerhalb der EU-Region zu entwickeln. Zum einen wurde das Thema in der vergemeinschafteten EU-Entwicklungspolitik aufgegriffen, dokumentiert durch entsprechende Mitteilungen der EU-Kommission (1996, 1999) und diverse EU-Ratsbeschlüsse. Das Ziel bestand darin, „klassische“ entwicklungspolitische Maßnahmen nunmehr unter den Primat der Prävention und der Friedensförderung (*peace building*) zu stellen und gleichzeitig neue, präventionsrelevante Förderprogramme (z.B. Ausbildung von Richtern, Polizisten und Journalisten, Unterstützung von lokalen NGOs, Versöhnungsarbeit, etc.) aufzulegen. Ähnliche Aktivitäten zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft finden sich auch in anderen EU-Kooperationsprogrammen (z.B. Meda, Phare, Tacis). Zum zweiten gewann Krisenmanagement an Bedeutung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – nicht zuletzt, da die EU im ehemaligen Jugoslawien in der Phase der Friedenskonsolidierung eine Reihe von zivilen Aufgaben übernahm (z.B. EU-Verwaltung von Mostar, Hoher Repräsentant in Bosnien). Mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) wurde die Einsetzung eines Hohen Beauftragten für die GASP sowie, unter seiner Leitung, die Bildung einer *Policy Planning and Early Warning Unit* beim Ministerrat beschlossen, um im Krisenfall frühzeitiger tätig zu werden. Darüber hinaus entwickelt die EU, basierend auf den Ratsbeschlüssen von Köln (Juni 1999), Helsinki (Dez. 1999) und Feira (Juni 2000), künftig sowohl militärische als auch zivile Instrumente: Geplant sind u.a. der Aufbau einer militärischen *Rapid Reaction Force* (rund 60 000 Soldaten, bis 2003) und einer zivilen Polizeieinheit (rund 5000 Polizisten, bis 2003), die Bildung eines EU-Militärstabes, eines zivil-militärischen EU-Lagezentrums sowie die Schaffung einer, bei der EU-Kommission angesiedelten *Rapid Reaction Facility* (RRF) für zivile Sofortmaßnahmen.
- *Nord-Atlantische Vertragsorganisation (NATO)*: Bei der NATO bestehen zwei Schwerpunkte: Zum einen betrachtet die NATO ihre Kooperationsbemühungen wie etwa das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (seit 1994) und die Bildung des NATO-Rußland-Rates (1997) als eine Möglichkeit zum sicherheitspolitischen Dialog und damit zur Prävention internationaler Krisen. Zum anderen bekundete die NATO bereits 1994 ihre Bereitschaft, „von Fall zu Fall (...) friedenswahrende und andere Operationen“ im Rahmen der UN oder der

KSZE/OSZE zu unterstützen und sich somit an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Die NATO übernahm im Zuge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien in der Tat vermehrt militärische Aufgaben – sowohl in Form von *peace enforcement* (wie etwa 1995 in Bosnien) als auch von *peace keeping* (siehe IFOR/SFOR, KFOR). In ihrem neuen „Strategischen Konzept“ (23./24.4.1999) unterstreicht die NATO diese Rolle, sie zählt nunmehr „wirksame Krisenverhütung“ sowie „Krisenbewältigung, einschließlich des Einsatzes von Krisenreaktionskräften“ innerhalb des euro-atlantischen Raums zu ihren Zuständigkeiten.

#### *Teilnehmer*

Für die Auswahl von *Teilnehmer*-Staaten lassen sich drei Typen unterscheiden: Zum ersten jene Staaten, die bereits seit Jahrzehnten im Bereich von Prävention und Intervention auf internationaler Ebene tätig sind (*Vorreiter*); dazu gehören vor allem Schweden, Norwegen, die Niederlande und die Schweiz. Zum zweiten jene Staaten, die grundsätzlich an einer Multilateralisierung von Sicherheitspolitik interessiert sind (*Multilateralisten*); dazu gehören beispielsweise Deutschland, Kanada und Italien. Zum dritten jene Staaten, die klassischerweise unilaterale Aktivitäten in der Sicherheitspolitik betreiben (*Unilateralisten*); dazu gehören Frankreich, Großbritannien und vor allem die USA. Es ist zu erwarten, daß je nach Typ die Staaten unterschiedlich auf die Internationalisierung von Sicherheitspolitik reagieren. Um jedoch die Politiken (und ihren Wandel) systematisch vergleichen zu können, ist beabsichtigt, aus jeder Gruppe je einen Staat auszuwählen, der nach Möglichkeit in allen genannten IOs/Regimen engagiert ist. Deshalb soll der Wandel in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik bei den EU-Mitgliedern *Schweden* (oder alternativ: *Niederlande*), *BR Deutschland* und *Frankreich* untersucht werden.

#### *Adressaten*

Bei der Auswahl von *Adressaten* – im Sinne von innerstaatlichen Konflikten – sind primär zwei Kriterien zu beachten: Zum ersten sollten sowohl Fälle in einem frühen (Prävention) als auch in einem späten Konfliktstadium (Intervention) berücksichtigt werden. Zum zweiten sollten die Fälle danach unterschieden werden, ob sie in erster Linie federführend von *einer* IO oder aber von *mehreren* IOs zeitgleich bearbeitet wurden, so daß sich die Aktivitäten der einzelnen IOs sowohl getrennt als auch in ihrer Interaktion untersuchen lassen. Nimmt man beide Punkte zusammen, sind folgende Fallstudien geplant:

	UN	OSZE	EU/NATO	IOs gemeinsam
Früher Zeitpunkt (Prävention)	Mazedonien (1992)	Baltikum	Mazedonien (2001)	Ex-Jugoslawien (1992-95)
Später Zeitpunkt (Intervention)	Ost-Timor (1999) Afghanistan (2001)	Moldawien, Geor- gien	Bosnien (1995)	Kosovo (1999)

### Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum dieses Projektes bezieht sich auf die 1990er Jahre, da erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verstärkt die These von der Internationalisierung und Privatisierung der Sicherheitspolitik vertreten wird. Um Veränderungen im einzelnen herauszuarbeiten, ist gleichwohl sowohl mit Blick auf die zu untersuchenden IOs als auch mit Blick auf die Teilnehmer-Staaten als Kontrastfolie ein historischer Rückgriff auf die Zeit vor 1989-91 notwendig. Dieser soll ausschließlich sekundäranalytisch erfolgen.

### Methodische Vorgehensweise

Das methodische Vorgehen basiert auf dem systematischen Vergleich von Fällen: Zum ersten wird, wie oben ausgeführt, die Genese von Präventions- bzw. Interventionspolitiken einzelner IOs, zum zweiten die Reaktion bestimmter Außenpolitiken auf diese Entwicklung und zum dritten das Agieren der jeweiligen IOs in konkreten Konfliktfällen miteinander verglichen. Stets sind dazu qualitative Fallstudien notwendig, die sich sowohl auf die Auswertung von Sekundärliteratur und Dokumenten als auch vor allem auf Experteninterviews stützen, die mit Beamten der IOs und der jeweiligen Außen- bzw. Entwicklungsministerien sowie mit Akteuren in den ausgewählten Konfliktregionen zu führen sind.

### Zeitplan

Die drei Themenkomplexe übersetzen sich in drei Projektphasen, wobei jede Phase sowohl eine deskriptive als auch eine explikative Komponente enthält.

In *Phase 1* (2003-06) geht es im ersten Schritt um eine Analyse des Politikzyklus innerhalb der vier genannten IOs, der in den 1990er Jahren dazu führte, sich sowohl deklaratorisch als auch sachlich-materiell verstärkt Fragen des Krisenmanagements zu widmen. Darunter fallen eine Reihe von deskriptiven Fragen: Wie und von wem wurde das Thema aufgegriffen und politisch forciert? Wie wurde das neue Politikfeld innerhalb der Organisation verortet und institutionalisiert? Welche internen Veränderungen (z.B. Organisationsstrukturen, Entscheidungsprozesse) wurden vorgenommen? Welche neuen Instrumentarien, Mechanismen und politischen Entscheidungsprozeduren wurden entwickelt? Wie haben sich diese

über die Zeit verändert? Welche finanziellen und personellen Ressourcen bringen die IOs für Prävention bzw. Intervention auf? Welche Konzeptionen und Strategien liegen den Aktivitäten zugrunde? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit NGOs und anderen privaten Akteuren? In einem zweiten Schritt sollen dann verschiedene Erklärungsansätze für die Entwicklung der IOs untersucht werden, darunter fallen sowohl endogene (z.B. inner-institutionelle Prozesse) als auch exogene Faktoren (z.B. Interessenlagen führender Mitgliedstaaten).

*Phase 2* (2007-2010) beginnt ebenfalls mit einer Beschreibung der jeweiligen Außen-, Sicherheits- und (sicherheitspolitisch relevanten) Entwicklungspolitiken. An die Adresse der nationalen Bürokratien sind dabei ähnliche Fragen zu stellen wie an die der IOs, ehe wiederum nach Erklärungen für den festgestellten Wandel (oder auch für die Beibehaltung des Status quo) in jedem Einzelfall bzw. für den unterschiedlichen Grad an Veränderung im Vergleich der Fälle gesucht wird.

In *Phase 3* (2011-2014) werden zunächst das Vorgehen und die Aktivitäten der jeweiligen IOs in einem innerstaatlichen Konfliktfall analysiert. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei nicht zuletzt der Interaktion zwischen IOs und den lokalen Konfliktparteien, um festzustellen, ob IOs Einfluß auf den Aufbau bzw. die Transformation von staatlichen Strukturen nehmen, und wenn ja: welchen? In einem weiteren Schritt wird darüber hinaus gefragt, unter welchen spezifischen Bedingungen die einzelnen IOs mit Blick auf die Etablierung nachhaltiger staatlicher Strukturen erfolgreich agieren und welche Instrumente bzw. Aktivitäten sich dabei besser bewährt haben als andere. Diese Auswertung dient nicht zuletzt dazu, allgemeine Aussagen über die typischen Stärken und Schwächen internationaler Präventions- bzw. Interventionspolitiken bzw. bestimmter Formen von *security governance* zu treffen.

Für die ersten vier Jahren ist folgende schematische Arbeitsabfolge vorgesehen:

Arbeitsschritte	2003		2004		2005		2006	
Aufarbeitung von Theorien und Literatur, Hypothesenbildung, Erstellung von Fragebögen								
Fallstudienarbeit, Feldforschung, Experteninterviews								
Auswertung und Darstellung der Fallstudien zu den IOs								
Überprüfung von Erklärungsfaktoren zur Bildung der Präventions- u. Interventionspolitiken								
Gesamtauswertung								

Im Rahmen dieses Arbeitsplanes – insbesondere für den zweiten Arbeitsschritt – ist eine Reihe von Forschungsreisen zu Interviewzwecken erforderlich. Dies betrifft zum einen die Hauptquartiere der jeweiligen IOs (New York/Genf, Brüssel und Wien), um dort mit Experten und der IO-Bürokratie zu sprechen. Zum zweiten müssen relevante Hauptstädte jener *Teilnehmer*-Staaten besucht werden, die wesentlich an der Entwicklung internationaler Interventions- und Präventionspolitiken beteiligt waren (Washington, Berlin, Paris, London, Den Haag, Stockholm). Hier geht es primär um Interviews mit Diplomaten bzw. lokalen Politikberatern. Zum dritten ist geplant, Interviews mit nicht-staatlichen Akteuren (primär NGOs) durchzuführen, die eng mit den untersuchten IOs kooperieren. Diese sind zumeist auch an den genannten IO-Sitzen repräsentiert, im Einzelfall mag gleichwohl eine Reise zu anderen Orten notwendig sein.

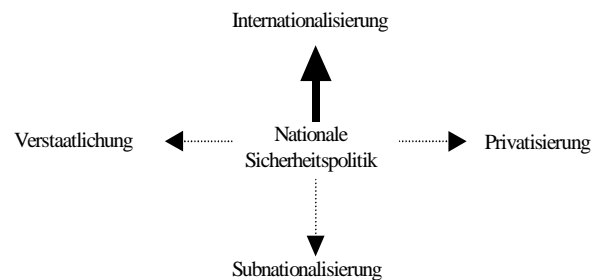
### 3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojekts

Das Teilprojekt beschäftigt sich mit dem Wandel staatlicher Politiken am Beispiel *internationaler Sicherheitspolitik*. Die drei oben skizzierten Themenkomplexe nehmen dabei vor allem Bezug auf den in den 1990er Jahren zu beobachtenden Wandel in der *Ressourcendimension* von Staatlichkeit. Anders als zu Zeiten des Ost-West-Konflikts wird die Einmischung in innere Angelegenheiten, etwa zum Schutz von Menschenrechten, zur Versorgung einer notleidenden Bevölkerung, zur Vermittlung zwischen Konfliktparteien oder zur Aufrechterhaltung einer öffentli-

chen Ordnung, verstärkt gefordert. Dies gilt sowohl für Vertreter der „Gesellschaftswelt“ – etwa transnationale Netzwerke von Nicht-Regierungsorganisationen im Bereich Menschenrechte und humanitäre Hilfe – als auch für Vertreter der IOs und für Vertreter von Regierungen (insbesondere aus der OECD-Welt), die zunehmend die Bereitschaft zeigen, in akuten oder potentiellen Krisengebieten von außen im Rahmen international formulierter Politiken mit zivilen oder militärischen Mitteln einzugreifen.

In dem Projekt geht es also um die Verlagerungsprozesse entlang der Achse subnational/international, wobei aber nur die Verlagerungsprozesse in Richtung Internationalisierung untersucht werden.

**Abbildung 1: Die zwei Achsen territorialstaatlichen Wandels**



Diese Internationalisierung von Sicherheitspolitik stellt offenkundig einen erheblichen Eingriff in die Souveränität sowohl der *Teilnehmer*-Staaten als auch der *Adressaten*-Staaten dar: Zum einen entstehen, so die Vermutung, durch die von den *Teilnehmer*-Staaten selbst induzierte Verlagerung von Aufgaben und Ressourcen an IOs und private Akteure politische Zugzwänge und Anpassungsprobleme für die staatlichen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitiken. Dadurch gewinnt die IO-Ebene ein eigenständiges Gewicht vis-à-vis ihrer Mitglieder; der staatliche Einfluß auf die delegierten Aufgaben und Instrumente (etwa die Allokation von Polizei- und Militärkräften oder von zivilem Friedenspersonal bei der EU, der OSZE oder der UNO) wird zumindest aufgrund multilateraler Entscheidungsstrukturen erheblich erschwert. Zum anderen dürften nicht-staatliche Akteure, die als „Dienstleister“ für verschiedene Aufgaben fungieren (z.B. humanitäre Hilfe) stärkere Mitsprache an innerstaatlichen Entscheidungen über die Verteilung von Ressourcen beanspruchen. Mit anderen Worten: In dem Maße, wie sich Staaten aktiv an der Entwicklung von *Security Governance*, d.h. internationaler Präventions- und Interventionspolitiken, beteiligen, müssen sie selbst Einschränkungen ihrer innen- wie außenpolitischen Handlungsautonomie hinnehmen.

Auf der Seite der *Adressaten*-Staaten stellt jede Form von präventiver Politik eine Einmischung in innere Angelegenheiten und eine Intervention in jene Domäne dar, in der klassischerweise staatliche Akteure souverän agieren. Ob unter externem Druck oder bereitwillig – betroffene Regierungen konzedieren damit eine *de facto*-Internationalisierung ihres internen Konfliktes. Infolgedessen lassen sie z.B. Beobachtermissionen oder Hilfsorganisationen ins Land, reagieren auf Sanktionsdrohungen, dulden die internationale Unterstützung bei der Organisation von Wahlen, erlauben IOs die Durchführung von Ausbildungsprogrammen für Richter, Polizeibeamte, Militärs und Journalisten oder gestatten die Stationierung internationaler Truppen vor oder nach einem Konflikt – wenngleich oft nur widerwillig. Eine wesentliche Aufgabe des Projektes ist es daher, zu erklären, warum die Staaten selbst, die klassischerweise von den Normen Souveränität und Nicht-Einmischung profitieren, in verstärktem Maße zu einer Erosion dieser den Einzelstaat favorisierenden Prinzipien beitragen, indem sie jenseits des Staates internationale Präventions- und Interventionspolitiken befördern.

Darüber hinaus ist der dritte Themenkomplex dimensionenübergreifend angelegt: Internationale und private Akteure übernehmen im Zuge von Prävention bzw. Intervention – zumindest temporär – in Teilen oder vollständig alle klassischen Dimensionen moderner Staatlichkeit, die ansonsten von lokalen Regierungen, Militär-, Polizei- und Justizapparaten ausgeübt werden. In der Regel geschieht diese Verlagerung von Staatsaufgaben auf externe Akteure bei einem drohenden oder bereits stattgefundenen Staatsversagen (*failed states*). Dabei werden diese je nach Situation in unterschiedlicher Weise tätig: aktive Stationierung von Truppen und Polizeikräften, innerstaatliche Rüstungskontrolle und Abrüstung, Ausbildung von lokalen Sicherheitskräften, humanitäre Soforthilfe, internationale Kredite und Wirtschaftshilfen, langfristig angelegte Entwicklungspolitik, Aufbau von Zivilverwaltungen, Schaffung einer unabhängigen Justiz etc. Das Ziel dieser Maßnahmen besteht allerdings in der Regel darin, staatliche Institutionen über Zeit (wieder) in die Lage zu versetzen, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlergehen ihrer Bürger selbst garantieren zu können. Es handelt sich in diesem Sinne um eine Stärkung bzw. Stabilisierung der einzelnen Dimensionen von Staatlichkeit von außen, was allerdings in der Regel einer Transformation der politischen Institutionen gleichkommt. Der externe Eingriff soll der Intention nach dazu führen, daß sich einstmals instabile oder illegitime staatliche Strukturen nachhaltig verändern, um das innergesellschaftliche Gewaltpotential zu reduzieren oder zumindest einzuhegen. Als Beispiele dafür lassen sich die internationalen Bemühungen in Bosnien, im Kosovo, in Ost-Timor, in Mazedonien, in Georgien oder in Afghanistan anführen.

Abgrenzungsbedürftig ist das Projekt nicht gegenüber dem Projekt D1 („Steuerpolitik“), aber in gewissem Umfang gegenüber dem Projekt D2 („Gewaltmono-



pol“), das sich auf die Internationalisierung des Gewaltmonopols bezieht. D2 ist allerdings vom Sachbereich her breiter angelegt, von der allein auf die staatlichen Präferenzen angelegten Analyseperspektive dagegen enger. Das hier vorgestellte Teilprojekt hingegen betrachtet mit Prävention und Intervention einen schmaleren Ausschnitt aus der Ressourcendimension, untersucht ihn jedoch sowohl aus der Perspektive internationaler Organisationen als auch von staatlichen Politiken. Vor allem hinsichtlich der Erhebung staatlicher Präferenzen kann ggf. in der zweiten Phase von D3 zumindest teilweise auf die von D2 („Gewaltmonopol“) in der ersten Phase erhobenen Präferenzen zurückgegriffen werden. Grundsätzlich ist eine enge Zusammenarbeit sowohl auf Mitarbeiter- wie auf Projektleiterebene geplant.

### **3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten**

Von den Antragstellern betriebene Projekte verwandten Zuschnitts werden von der DFG und anderen Zuwendungsgebern nicht gefördert.

### Literatur

- Abiew, Francis Kofi (1999) *The Evolution of the Doctrine and Practice of Humanitarian Intervention* The Hague: Kluwer Law International
- Adams, Thomas K. (1999) „The New Mercenaries and the Privatization of Conflict“ *Parameters* (Sommer) 103-116
- Anderson, Mary, Hg. (1996) *Development and Social Diversity* Oxford: Oxfam
- (1999) *Do No Harm: How Aid Can Support Peace – or War* Boulder, CO: Lynne Rienner
- Arend, Anthony Clark & Robert J. Beck (1993) *International Law and the Use of Force. Beyond the UN Charter Paradigm* London: Routledge
- Ball, Nicole & Tammy Halevy (1996) *Making Peace Work: The Role of the International Development Community* Baltimore, MD: John Hopkins University Press
- Bauwens, Werner & Luc Reychler, Hg. (1994) *The Art of Conflict Prevention* London: Brassey's
- Bercovitch, Jacob & Jeffrey Z. Rubin, Hg. (1992) *Mediation in International Relations: Multiple Approaches to Conflict Management* New York: St. Martin's Press
- Berdal, Mats R. (1994) „Fateful Encounter: The United States and UN Peacekeeping“ *Survival* 36:1 30-50
- Birkenbach, Hanne-Magret (1997) „Gewaltprävention durch internationale Organisationen – Der Konflikt um die estnische und lettische Staatsbürgerschaft“ in: Volker Matthies, Hg. *Der gelungene Frieden* Bonn: Dietz 252-277
- Björkdahl, Annika (1999) „Conflict Prevention From a Nordic Perspective: Putting Prevention Into Practice“ *International Peacekeeping* 3
- Boyce, James K. & Manuel Pastor (1998) „Aid for Peace: Can International Financial Institutions Help Prevent Conflict?“ *World Policy Journal* 15:2 (Sommer)
- Brunckhorst, Hauke, Hg. (1998) *Einmischung erwünscht? Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege* Frankfurt a.M.: Fischer
- Bull, Hedley, Hg. (1984) *Intervention in World Politics* Oxford: Clarendon Press
- Buzan, Barry, Ole Waever & Japp de Wilde (1998) *Security. A New Framework for Analysis* London: Lynne Rienner
- Calic, Marie-Janine (1996) *Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegovina* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict, Hg. (1997) *Preventing Deadly Conflict. Final Report* Washington, DC: The Commission
- Chayes, Abraham & Antonia Handler Chayes, Hg. (1996) *Preventing Conflict in the Post-Communist World. Mobilizing International and Regional Organizations* Washington, DC: Brookings Institutions Press
- Clarke, Walter & Jeffrey Herbst, Hg. (1997) *Learning from Somalia. The Lessons of Armed Humanitarian Intervention* Boulder, CO: Westview Press
- Cortright, David & George A. Lopez (2000) *The Sanctions Decade. Assessing UN Strategies in the 1990s* Boulder, CO: Lynne Rienner
- Cortright, David & George A. Lopez, Hg. (1995) *Economic Sanctions: Panacea or Peacebuilding in a Post-Cold War World* Boulder, CO: Westview Press
- Crawford, Neta C. & Audie Klotz, Hg. (1999) *How Sanctions Work: Lessons from South Africa* New York: St. Martin's Press
- Czempiel, Ernst-Otto (1994) „Die Intervention. Politische Notwendigkeit und strategische Möglichkeit“ *Politische Vierteljahresschrift* 35:3 402-422

Senghaas/Schneckener

- & James N. Rosenau, Hg. (1992) *Governance without Government: Order and Change in World Politics* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- & Werner Link, Hg. (1984) *Die Interventionsproblematik aus politikwissenschaftlicher, völkerrechtlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Sicht* Kehl: Engel Verlag
- Daalder, Ivo H. (2000) *Getting to Dayton. The Making of America's Bosnia Policy* Washington: Brookings Institution Press
- Daase, Christopher (1999) *Kleine Kriege, große Wirkung* Baden-Baden: Nomos
- Davies, John L. & Ted R. Gurr, Hg. (1998) *Preventive Measures. Building Risk Assessment and Crisis Early Warning Systems* Lanham, MD: Rowman & Littlefield
- Debiel, Tobias (1996) „Gewaltprävention: Vom Modebegriff zum Handlungskonzept?“ *Sicherheit und Frieden* 4 218-224
- & Franz Nuscheler, Hg. (1996) *Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit* Bonn: Dietz
- Delbrück, Jost (1992) „Die internationale Gemeinschaft vor neuen Herausforderungen: Zur Neubestimmung der Reichweite des Interventionsverbotes“ in: Wolfgang Heydrich u.a., Hg. *Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente* Baden-Baden: Nomos 547-555
- DeMars, William (1995) *Precarious Partnership: Government – NGO Collaboration for Conflict Prevention* Notre Dame, IN: University of Notre Dame
- Diamond, Louise & McDonald, John W. (1996) *Multi-Track Diplomacy: A Systems Approach to Peace* West Hartford, CN: Kumarian Press
- Ehrhart, Hans-Georg & Konrad Klingenburg, Hg. (1996) *UN-Friedenssicherung 1985-1995. Analyse und Bibliographie* Baden-Baden: Nomos
- Eide, Espen Barth & Carsten Ronnfeldt (1998) „Development Aid as Conflict Prevention?“ in: Peter Cross, Hg. *Contributing to Preventive Action, CPN Yearbook 1997 & 98* Baden-Baden: Nomos 151-167
- Elwert, Georg (1997) „Gewaltmärkte: Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt“ in: Trutz von Trotha, Hg. *Soziologie der Gewalt* Opladen: Westdeutscher 59-85 (*Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Sonderheft 37)
- Englert, Annette (1999) „Die Rolle von Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit in der Krisenprävention.“ in: *ÖSFK u.a. 1999* 353-368
- Fischer, Martina (1999) „Krisenprävention. Modebegriff oder friedenspolitische Notwendigkeit?“ in: *ÖSFK u.a. 1999* 48-76
- Fisler Damrosch, Lori, Hg. (1993) *Enforcing Restraint. Collective Intervention in Internal Conflict* New York: Council on Foreign Relations Press
- Fixdal, Mona & Dan Smith (1998) „Humanitarian Intervention and Just War“ *Mershon International Studies Review* 42:2 283-312
- Forbes, Jan & Mark Hoffman, Hg. (1993) *International Relations and the Ethics of Intervention* New York: St. Martin's Press
- Gordenker, Leon & Thomas G. Weiss, Hg. (1996) *NGOs, the UN, and Global Governance* London: Lynne Rienner
- Greenberg, Melanie C., John H. Barton & Margaret E. McGuinness, Hg. (2000) *Words over War. Mediation and Arbitration to Prevent Deadly Conflict* Lanham, MD: Rowman & Littlefield
- Gurr, Ted R. (1994) „Testing and Using a Model of Communal Conflict for Early Warning“ *The Journal of Ethno-Development* 1:1 20-24
- & Barbara Harff (1996) *Early Warning of Communal Conflicts and Genocide: Linking Empirical Research to International Response* Tokyo: The United Nations University Press
- & Barbara Harff (1998) *Early Warning of Communal Conflict and Humanitarian Crisis* Tokyo

- Haass, Richard N. (1994) *Intervention: The Use of American Military Force in the Post-Cold War Period* Washington, DC: Brookings Institution Press
- Hackett, Kenneth (1996) „The Role of International NGO's in Preventing Conflict.“ in: Kevin M. Cahill, Hg. (1996) *Preventive Diplomacy: Stopping Wars Before They Start* New York: Basic Books 269-284
- Harris, John, Hg. (1995) *The Politics of Humanitarian Intervention* London: Pinter
- Hasenclever, Andreas (2000) *Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina* Frankfurt a.M.: Campus
- Hasenclever, Andreas, Andreas Mayer & Volker Rittberger (1997) *Theories of International Regimes* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Hirsch, John L. & Robert B. Oakley (1995) *Somalia and Operation Restore Hope. Reflections on Peacemaking and Peacekeeping* Washington, DC: United States Institute for Peace Press
- Hoffmann, Stanley (1995) „The Politics and Ethics of Military Intervention“ *Survival* 37:4 29-51
- Holm, Tor Tanke & Espen Barth Eide, Hg. (2000) *Peacebuilding and Police Reform* London: Frank Cass
- Howe, Herbert M. (1998) „Private Security Forces and African Stability: The Case of Executive Outcomes“ *Journal of Modern African Studies* 36:2 307-331
- Jean, Francois & Jean-Christophe Rufin (1999) *Ökonomie der Bürgerkriege* Hamburg: Hamburger Edition
- Jentleson, Bruce (1997) „Who, Why, What and How: Debates Over Post-Cold War Military Intervention“ in: Robert Lieber, Hg. *Eagle Adrift. American Foreign Policy at the End of the Century* New York: Longman 39-70
- Hg. (2000) *Opportunities Missed, Opportunities Seized* Lanham, MD: Rowman & Littlefield
- & Ariel Levite & Larry Berman, Hg. (1992) *Foreign Military Intervention. The Dynamics of Protracted Conflict* New York: Columbia University Press
- Jones, Bruce D. (1995) „Intervention Without Borders. Humanitarian Intervention in Rwanda, 1990-94“ *Millennium* 24:2 225-249
- Josselin, Daphne & William Wallace, Hg. (2001) *Non-state Actors in World Politics* Houndmills: Palgrave
- Joulwan, George A. & Christopher C. Shoemaker (1998) *Civilian-Military Cooperation in the Prevention of Deadly Conflict: Implementing Agreements in Bosnia and Beyond* Washington, DC: Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict
- Kaldor, Mary (2000) *Neue und alte Kriege* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Kimminich, Otto (1995) „Der Mythos der humanitären Intervention“ *Archiv des Völkerrechts* 33:3 430-458
- Krahmann, Elke (2001) *The Emergence of Security Governance in Post-Cold War Europe* New York: ESRC (ESRC Working Paper)
- Krasner, Stephen, Hg. (1983) *International Regimes* Ithaca, NY: Cornell University Press
- (1999) *Sovereignty. Organized Hypocrisy* Princeton, NJ: Princeton University Press
- Kühne, Winrich, Hg. (1993) *Blauhelme in einer turbulenten Welt* Baden-Baden: Nomos
- Ladwig, Bernd (2000) „Militärische Interventionen zwischen Moralismus und Legalismus“ *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 48:1 133-147
- Leatherman, Janie, William DeMars, Patrick D. Gaffney & Raimo Väyrynen (1999) *Breaking Cycles of Violence. Conflict Prevention in Intrastate Crises* West Hartford, CN: Kumarian Press
- Lederach, John Paul (1995) *Preparing for Peace. Conflict Transformation Across Cultures* Syracuse, NY: Syracuse University Press

Senghaas/Schneckener

- (1997) *Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies* Washington: US Institute of Peace Press
- Lilly, Damian (2000) *The Privatization of Security and Peacebuilding: A Framework For Action* London: International Alert
- Lock, Peter (2001) „Sicherheit à la carte? Entstaatlichung, Gewaltmärkte und die Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols“ in: Tanja Brühl, Tobias Debiel, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel & Jens Martens, Hg. *Die Privatisierung der Weltpolitik* Bonn: Dietz 200-231
- Luchterhand, Otto (1999) „Völkermord: Humanitäre Intervention – Recht contra Moral?“ *Zeitschrift für Genozidforschung* 1:1 92-116
- Lund, Michael (1996) *Preventing Violent Conflicts. A Strategy for Preventive Diplomacy* Washington, DC: United States Institute for Peace Press
- Lyons, Gene M. & Michael Mastanduno, Hg. (1995) *Beyond Westphalia. State Sovereignty and International Intervention* Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press
- MacRae, Joanna & Anthony Zwi, Hg. (1994) *War and Hunger: Rethinking International Responses to Complex Emergencies* London: Zed Books
- Mair, Stefan (1997) *Internationale Demokratisierungshilfe. Erfahrungen und Aufgaben* Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik
- Makinda, Samuel M. (1993) *Seeking Peace from Chaos: Humanitarian Intervention in Somalia* Boulder, CO: Lynne Rienner
- Martin, Lisa L. (1992) *Coercive Cooperation: Explaining Multilateral Economic Sanctions* Princeton, NJ: Princeton University Press
- Matthies, Volker (2000) *Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als Heilen* Opladen: Leske+Budrich
- Mayall, James, Hg. (1996) *The New Interventionism, 1991 - 1994. United Nations Experience in Cambodia, Former Yugoslavia and Somalia* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Mayer, Peter (1999) „War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerechtfertigt? Die Operation Allied Force im Lichte der Lehre vom gerechten Krieg“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6:2 287-321
- Mehler, Andreas & Claude Ribaux (2000) *Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit* Wiesbaden: Universum Verlagsanstalt
- Melone, Sandra D. (1998) „NGO's, the Media and Conflict Prevention“ in: Peter Cross, Hg. *Contributing to Preventive Action, CPN Yearbook 1997 & 98* Baden-Baden: Nomos
- Merkel, Reinhard, Hg. (2000) *Der Kosovokrieg und das Völkerrecht* Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Miall, Hugh, Oliver Ramsbotham & Tom Woodhouse (1999) *Contemporary Conflict Resolution. The Prevention, Management and Transformation of Deadly Conflicts* Cambridge, UK: Polity Press
- Minear, Larry & Thomas G. Weiss (1995) *Mercy under Fire. War and the Global Humanitarian Community* Boulder, CO: Westview
- Müller, Harald (1998) *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington* Frankfurt a.M.: Fischer
- (2002) „Antinomien des demokratischen Friedens“ *Politische Vierteljahresschrift* 43:1 (i.E.)
- & Niklas Schörnig (2001) *Revolution in Military Affairs. Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien?* Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Report 8 & 2001)
- Nicolaïdis, Kalypso (1996) „International Preventive Action: Developing a Strategic Framework“ in: *Rotberg* 1996 23-69
- ÖSFK [Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung], Schweizerische Friedensstiftung u.a. (1999) *Friedensbericht 1999. Krisenprävention: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbear-*

- beitung. *Ergebnisse der internationalen „state of peace“ Konferenz in Österreich im Dezember 1998* Chur & Zürich: Rüegger [= *Dialog* 36:1/2 = Friedensbericht 14 (1999)]
- Paffenholz, Thania (1998) *Konflikttransformation durch Vermittlung. Theoretische und praktische Erkenntnisse aus dem Friedensprozeß in Mosambik (1976 - 1995)* Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag
- Pape, Matthias (1997) *Humanitäre Intervention: Zur Bedeutung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen* Baden-Baden: Nomos
- Peck, Connie (1998) *Sustainable Peace. The Role of the UN and Regional Organizations in Preventing Conflict* Lanham, MD: Rowman&Littlefield
- Pierre, Jon, Hg. (2000) *Debating Governance. Authority, Steering, and Democracy* Oxford: Oxford University Press
- Ramsbotham, Oliver & Tom Woodhouse (1996) *Humanitarian Intervention in Contemporary Conflict* Cambridge, UK: Polity Press
- Reinhardt, Dieter (1999) „Staaten und Krisenprävention. Die Außenpolitik der skandinavischen Regierungen.“ in: *ÖSFK u.a. 1999* 335-352
- Reychler, Luc (1999) *Democratic Peace-Building and Conflict Prevention* Leuven: Leuven University Press
- Rhodes, Rod A.W. (1996) „The New Governance: Governing without Government“ *Political Studies* XLIV 652-667
- Rich, Paul B., Hg. (1999) *Warlords in International Relations* New York: St. Martins Press
- Risse-Kappen, Thomas, Hg. (1995) *Bringing Transnational Relations Back In. Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions* Cambridge, UK: Cambridge University Press
- Rittberger, Volker, Hg. (1993) *Regime Theory and International Relations* Oxford: Oxford University Press
- Ropers, Norbert (1995) „Die friedliche Bearbeitung ethno-politischer Konflikte“ in: ders. & Tobias Debiel, Hg. *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt* Bonn: Dietz
- (1996) „Rollen und Funktionen Dritter Parteien bei der konstruktiven Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte“ *Die Friedens-Warte* 71:4 417-441
- (1997) „Prävention und Friedenskonsolidierung als Aufgabe für gesellschaftliche Akteure“ in: Dieter Senghaas, Hg. *Frieden machen* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 219-242
- Rotberg, Robert, Hg. (1996) *Vigilance and Vengeance. NGOs Preventing Ethnic Conflict in Divided Societies* Cambridge
- Shearer, David (1998) *Private Armies and Military Intervention* Oxford: Oxford University Press (London, International Institute for Strategic Studies *Adelphi Paper* 316)
- Simma, Bruno (1999) „NATO, the UN and the Use of Force. Legal Aspects“ *European Journal of International Law* 10:1 1-22
- Skidmore, David & Valerie Hudson, Hg. (1993) *The Limits of State Autonomy: Societal Groups and Foreign Policy Formulation* Boulder, CO
- Smith, Michael Joseph (1989) „Ethics and Intervention“ *Ethics and International Affairs* 3:1 1-26
- Sørensen, Georg (2001) *Changes in Statehood. The Transformation of International Relations* Houndmills, Basingstoke: Palgrave
- Spelten, Angelika (1996) „Gewaltprävention. Eine neue Aufgabe auch für die Entwicklungspolitik?“ in: ÖSFK [Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung], Hg. *Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung* Chur & Zürich: Rüegger 237-248
- (1998) *Krisenanalyse in der Entwicklungszusammenarbeit* München: Forschungsberichte des BMZ
- Stevenson, Jonathan (2000): *Preventing Conflict: The Role of the Bretton Woods Institutions* Oxford: Oxford University Press (London, International Institute for Strategic Studies *Adelphi Paper* 336)

- Stremlau, John & Francisco Sagasti (1998) *Preventing Deadly Conflict. Does the World Bank Have a Role? A Report to the Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict* Washington, DC: The Commission
- Uvin, Peter (1999) *The Influence of Aid in Situations of Violent Conflict* Paris: DAC Informal Task Force on Conflict, Peace and Development Cooperation
- Wallander, Celeste A. & Robert O. Keohane (1999) „Risk, Threat, and Security Institution“ in: Helga Haftendorn, Robert O. Keohane & Celeste A. Wallander, Hg. *Imperfect Unions. Security Institutions Over Time and Space* Oxford: Oxford University Press 21-47
- Wallensteen, Peter & Margareta Sollenberg (1999) „Armed Conflict 1989-1998“ *Journal of Peace Research* 36:5 593-606
- Walraven, Klaas van, Hg. (1998) *Early Warning and Conflict Prevention: Limitations and Possibilities* The Hague: Netherlands Institute of International Relations (Clingendael)
- (1999) *Conflict Policy in Some Western Countries*, The Hague: Netherlands Institute of International Relations (Clingendael)
- & Jurijen van der Vlugt (1996) *Conflict Prevention and Early Warning in the Political Practice of International Organizations* The Hague: Netherlands Institute of International Relations (Clingendael)
- Walter, Barbara F. & Jack L. Snyder, Hg. (1999) *Civil Wars, Insecurity, and Intervention* New York: Columbia University Press
- Walzer, Michael (1977) *Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations* New York: Basic Books
- Weiss, Thomas G. (1999) „Sanctions as a Foreign Policy Tool: Weighing Humanitarian Impulses“ *Journal of Peace Research* 36:5 499-509
- & David Cortright, George A. Lopez & Larry Minear, Hg. (1997) *Political Gain and Civilian Pain. Humanitarian Impacts of Economic Sanctions* Lanham, MD: Rowman & Littlefield
- Young, Oran R. (1980) „International Regimes: Problems of Concept Formation“ *World Politics* 32:2 332-356
- Zangl, Bernhard & Michael Zürn (2003) *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation* Frankfurt a.M.: Suhrkamp (i.E.)
- Zürn, Michael (1998) *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance* Frankfurt a.M.: Suhrkamp